

Sehr geehrte Frau Knobloch,

Sehr geehrte Damen und Herren des Zentralrates der Juden,

das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ aus Berlin möchte den Offenen Brief von Michael Stürzenberger, Mitglied der CSU München und Pressesprecher der selbsternannten „Bürgerbewegung Pax Europa“ Landesverband Bayern an Sie zum Anlass nehmen, Sie in Ihrer Position zu unterstützen. Wir finden es in Zeiten eines zunehmenden Rechtsrucks in Europa und Deutschland immens wichtig, dass Sie sich weiter für einen jüdisch-islamischen Dialog einsetzen und sich nicht von Rechtspopulist_innen und Rassist_innen für einen „Kampf der Kulturen“ versteckt unter dem Deckmantel der „Islamkritik“ instrumentalisieren lassen.

Im Gegensatz zu Herrn Stürzenberger maßen wir uns nicht an, Sie bevormunden oder belehren zu wollen. Im Gegenteil.

Wir sehen den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland als ein gesamtgesellschaftliches Problem, unabhängig von Herkunft, Religion oder sozialem Status, dass nicht durch die Schaffung eines Feindbildes „Islam“ oder eine behauptete Gleichsetzung von Islam und Faschismus bekämpft werden kann. Die damit verbundene pauschale Diskriminierung und Kriminalisierung einer dafür extra konstruierten, angeblich homogenen muslimischen Gemeinschaft dient lediglich zur Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft auf Basis eines Ungleichheitsverständnisses von Menschen bzw. Bevölkerungsgruppen. Das gleichberechtigte Neben- und Miteinander soll in Frage gestellt und Ausgrenzung legitimiert werden.

Dazu dient auch die von Rechtspopulist_innen und Rassist_innen gebetsmühlenartig hoch gelobte, undifferenziert als positiv reflektierte christlich-jüdische Tradition. Es ist aber nicht unsere Absicht, in diesem Offenen Brief das jahrhundertealte Spannungsverhältnis zwischen Christentum und Judentum aufzuarbeiten, antisemitische Äußerungen und Einstellungen von bedeutenden Vertreter_innen des Christentums aufzuzählen bzw. die Rolle der Kirche in der NS-Diktatur zu beleuchten. Auch werden wir die Zusammenarbeit einiger hoher kirchlicher Funktionsträger mit Nazis nie dazu benutzen, als Schlussfolgerung daraus das Christentum mit dem Faschismus gleichzusetzen oder die Aufhebung der Exkommunikation des Holocaust-Leugners Richard Williamson und drei anderer Bischöfe der fundamentalistischen Pius-Bruderschaft durch den deutschen Papst Benedikt XVI., um allen Christ_innen Antisemitismus zu unterstellen. Nur eine differenzierte Auseinandersetzung mit Religionen und ihrer Geschichte, den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen und Hintergründen sowie Macht- und Herrschaftsstrukturen gewährleistet einen sachlichen Dialog ohne Hass und Hetze gegen die diese Religion praktizierenden Gläubigen.

Die von Ihnen zu Recht kritisierten unterbliebenen gesellschaftlichen Proteste bei einer Reihe von antisemitischen Anschlägen und Schmierereien, dürfen nicht dazu führen, dass

Rechtspopulist_innen und Rassist_innen diese indirekt schon vorab Muslim_innen unterstellen dürfen oder der Öffentlichkeit suggerieren können, diese hätten bei Antisemitismus in Deutschland einen Freibrief und nur Neonazis würden gesellschaftlich geächtet. Dies widerspricht den Realitäten und ist reine Polemik. Alleine die kontrovers geführte Debatte um die Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ 2009 in Berlin zeigt, wie wenig Herr Stürzenberger Realitäten zur Kenntnis nehmen will, um sich und „Pax Europa“ nicht nur bei Ihnen als die einzig legitimen „Islamkritiker_innen“ profilieren zu können. Denn die von ihm im Offenen Brief erwähnten Fakten zu den genannten muslimischen Kollaborateuren im Zweiten Weltkrieg sind weder neu, noch werden sie ignoriert und sind auch Ihnen bekannt. Nur, sie verwenden diese eben nicht, um Vorurteile und Ressentiments gegen Muslim_innen zu bedienen und Ängste zu schüren. „Pax Europa“ dagegen schon und prompt landete der Offene Brief von Herrn Stürzenberger beim rassistischen Webblog „politically incorrect“, dem „Sprachrohr“ von „Pax Europa“.

Die Absicht von Mitgliedern rassistischer Organisationen wie „Pax Europa“ andere Meinungen, Argumentationen und Einsprüche abwertend als „Gutmenschentum“ zu disqualifizieren bzw. den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Neonazis „deutschen Berufsempörten“ zuzuschreiben oder „politische Korrektheit“ in der Öffentlichkeit zu delegitimieren und sogenannte Tabubrüche zu legitimieren, um die Kluft zwischen Vertreter_innen der Politik und Gesellschaft sowie der Bevölkerung für eigene Machtansprüche zu nutzen, ist nicht neu. Auch der Versuch den Neofaschismus zu verharmlosen, in dem man über den Deckmantel „Islamkritik“ Migrant_innen im Allgemeinen und Muslim_innen im Einzelnen diskriminiert, kriminalisiert und dämonisiert, um eine angebliche Islamisierung Europas als die größte Gefahr für das christlich-jüdische Abendland zu konstruieren, ist keine neue Legitimationsstrategie von Rechten und Rassist_innen. Dass Ihnen deshalb Ihre Dialogbereitschaft nicht zu Pass kommt, versteht sich daher fast von selbst. Wir begrüßen diese jedoch und versichern Ihnen dabei unsere Unterstützung.